

**Länderinfo Osteuropa**

## Inflationsschub durch höhere Verbrauchsteuern in Ungarn

**BUDAPEST (owr/gtai)**--Anfang Juli ist in Ungarn die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer von 20 auf 25% in Kraft getreten. Ein neuer mittlerer Streuersatz von 18% wird für einige Grundnahrungsmittel eingeführt. Auch Sonderverbrauchssteuern steigen. Gleichzeitig werden die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber abgebaut, und die realen Lohnstückkosten versprechen zu sinken. Es wird ein Wechsel hin zu niedrigeren direkten und zu höheren indirekten Steuern eingeleitet. Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der Verbrauchsteueranhebungen in Ungarn Mitte 2009 sind die Wachstumsprognosen noch einmal nach unten korrigiert worden.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) und Entwicklung geht nicht nur für 2009 von einem kräftigen Fall des Bruttoinlandsprodukts aus (real minus 6%), sondern auch für 2010 von einem deutlichen Rückgang (minus 2,2%). Für die übrigen größeren Länder Mittelosteuropas rechnet die OECD dagegen 2010 wieder mit leichten realen BIP-Zuwächsen.

Die anhaltende Rezession in Ungarn geht in den Jahren 2009 und 2010 mit einem sprunghaften Anstieg der Verbraucherpreise einher: Für rund 85% aller Positionen im Einkaufs-Warenkorb der Verbraucher steigen die Verbrauchsteuern. Die Zentralbank kalkuliert, dass davon 2009 und 2010 jeweils Inflationsimpulse in der Größenordnung von (netto) 2 bis 2,5% ausgehen. Insgesamt soll die Teuerung im Jahresmittel in den Jahren 2009 und 2010 jeweils bei rund 5% liegen.

Ungarns führende Bank OTP geht für 2010 sogar von einer Inflationsrate von 6% aus. 2011 bildet sich der Anstieg der Verbraucherpreise dann voraussichtlich auf rund 2% zurück. Die Kerninflationsrate erreichte im Frühjahr 2009 rund 3% und damit den oberen Rand des Zielkorridors der Zentralbank, die den Leitzins im Juni 2009 aber bei 9,5% belassen hat. Die Realzinsen liegen in Ungarn im

internationalen Vergleich auf Rekordniveau. Der Leitzins soll bis Ende 2009 leicht auf dann 8,5% sinken, so die Prognosen des Ecostat-Forschungsinstituts.

### Eigentliche Reform: Deutliche Entlastung des Faktors Arbeit

Die Folgen für den Verbrauch sind dramatisch: 2009 dürfte der Privatkonsum real um 7 bis 8% einbrechen und 2010 noch einmal um etwa 2% fallen, obwohl die Einkommensteuerlast gesenkt wird. Denn die Anhebung der Verbrauchsteuern geht in Ungarn mit einer deutlichen steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit einher, worin der eigentliche Reformansatz der Regierungsmaßnahmen zu sehen ist.

Bislang fällt in Ungarn die Differenz zwischen den insgesamt für ein Unternehmen anfallenden Bruttolohn- sowie Lohnnebenkosten pro Arbeitnehmer und dem Nettobetrag je Beschäftigtem, den dieser - einschließlich Sozialhilfen - mit nach Hause nehmen kann, extrem hoch aus: Dieser Differenzbetrag lag 2008 für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt - mit zwei Kindern und einem Einkommensbezieher - bei 44% im Vergleich zu 30% in Dänemark und 20% in Tschechien.

Ungarn liegt auf einer entsprechenden Liste vor Griechenland auf dem ersten Platz, wie neue OECD-Analysen aufzeigen. Hierin erkennt die OECD einen Wettbewerbsnachteil für Ungarn. Die internationale Konkurrenzfähigkeit des Landes hatte sich 2008 deutlich verschlechtert: Auf der IMD-Liste liegen von den europäischen Ländern die Schweiz und Dänemark ganz oben, Ungarn rangiert gleichauf mit Polen im unteren Fünftel. Die übrigen größeren MOE-Ländern liegen im unteren Mittelfeld. Der Abbau der „Tax Wedge“ dürfte schon kurzfristig zu deutlichen Verbesserungen in der Ertragslage der Unternehmen führen; diese war laut Zentralbankanalysen insgesamt auf historische Tiefstände gesunken,

wobei auch hier gilt, dass Ausnahmen die Regel bestätigen.

Auch das Investitionsklima verspricht sich in der Industrie wieder verbessern zu können. Die Basis für eine Teilhabe an einem kommenden Aufschwung soll so geschaffen werden, und das Potenzialwachstum Ungarns - gemäß OECD - steigen.

Die Belastung des Faktors Arbeit wird zunächst vor allem über eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber reduziert, was die realen Lohnstückkosten sinken lassen dürfte. Die Reduzierung der Arbeitgeber-Sozialversicherungsabgaben um 5%-Punkte gilt ab dem 1. August diesen Jahres zunächst für Löhne bis zum Zweifachen des Mindestlohnes. Ab Anfang 2010 soll die Abgaben-Reduzierung von 32% auf 27% für alle Gehaltsgruppen gelten.

Anfang 2010 wird gleichzeitig der Eingangssteuersatz in der Einkommensteuer leicht von 18% auf 17% sinken und der Satz für die höhere Progressionsstufe deutlich reduziert. Die Einkommensgrenze für den Eingangssteuersatz wurde schon 2009 leicht angehoben, und dies soll sich bis 2011 verstärkt fortsetzen. 90% aller Einkommensteuerzahler sollen zum Eingangssteuersatz veranlagt werden. Es wird ein Wechsel hin zu niedrigeren direkten und zu höheren indirekten Steuern eingeleitet. Allerdings war die durchschnittliche Besteuerung des Konsums in Ungarn zuvor schon nicht niedrig, was unter anderem an der Registrierungsabgabe für Neuwagenzulassungen liegt: Das Land lag 2007 in der EU auf einer Eurostat-Liste bei der Höhe der Konsumbesteuerung hinter Dänemark und Schweden auf Rang drei.

Anfang 2010 entfällt in der Körperschaftsteuer die vierprozentige Solidaritätsabgabe; der Steuersatz steigt aber gleichzeitig von 16 auf 19%, so dass es hier für die Unternehmen nur zu geringen Entlastungen kommt. Die Abschreibungsregeln für F&E-Aufwendungen sind überarbeitet worden und betreffen die Höhe der zu zahlenden kommunalen Gewerbesteuer.